

Die französischen Gewerkschaften und die Parlamentswahlen 1978

Peter Jechalke, geboren 1949, Studium der Romanistik, Politik und Geschichte in Rennes, Heidelberg und Paris, arbeitet z. Z. an einer Dissertation über Theorie und Geschichte der „autogestion“.

Peter-Carl Ruhm, geboren 1951, Studium der Politik, Germanistik und Volkswirtschaft in Heidelberg und Paris, arbeitet z. Z. an einer Dissertation über die französische Gewerkschaftsbewegung nach 1968.

Die Würfel sind gefallen! Nachdem der zweite Wahlgang am 19. März in Frankreich die endgültige Entscheidung über die Niederlage der Linken brachte, ist die Regierung zwar bildungsfähig, aber die Probleme der Arbeitslosigkeit, die Auswirkungen der ökonomischen Krise sowie der Streit der Parteien auf der Rechten wie auf der Linken erscheinen weiterhin ungelöst. Wird die neue Regierung die Antwort-

* Aus dem Französischen von Ulrich Briefs.

ten auf all diese Fragen geben können oder sich in gleicher Unfähigkeit wie ihre Vorgänger gerieren?

Die Abfassung des „programme commun“ im Jahre 1972 hat unter vielen Arbeitern große Hoffnungen auf eine Veränderung der politischen und sozialen Lage ausgelöst. Nach dem Abbruch der Verhandlungen über eine Aktualisierung des Programms Ende September 1977 wurden diese Erwartungen wieder erheblich gedämpft. Die Regierung *Giscard* nutzte die Situation, um die Regierungsunfähigkeit des Bündnisses zu demonstrieren.

Die Forderungen im „programme commun“ nach

- Ausweitung der Mitwirkungsrechte im Betrieb
- Verringerung der Arbeitszeit
- Abbau der Lohnhierarchien
- Nationalisierung der Schlüsselindustrien
- Veränderung der bestehenden Eigentumsformen

entsprachen auch in großen Zügen den Interessen der beiden größten Gewerkschaftsorganisationen Frankreichs. So war es auch nicht verwunderlich, wenn beide dazu Stellung nahmen, auch wenn sie in manchen Punkten der Analyse divergierten. Die unterschiedliche Einschätzung des „Gemeinsamen Programms“ datiert nicht aus der Neuzeit. Sie resultiert aus dem historisch-spezifischen Verhältnis der Gewerkschaften zu Parteien und Regierungsprogrammen. Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Parteien ist in Frankreich ein grundlegendes Prinzip aller Gewerkschaftsorganisationen, welches in unterschiedlicher Weise wirksam wird.

Zwischen den verbalen Erklärungen zur Unabhängigkeit und der täglichen Praxis besteht allerdings ein gewisser Unterschied. Jede der beiden mächtigsten Gewerkschaften unterhält Kontakte mit einer politischen Partei, die weit über bloße Sympathiekundgebungen hinausgehen.

Die Stellung der CGT zu Wahlen

In der CGT (*Confederation Generale du Travail*) erscheint die Verbindung zu Parteien besonders deutlich, weil ihre wichtigsten Führer zugleich Mitglieder im Politbüro der PC (Parti Communiste) sind. Wollte man das Problem rein zahlenmäßig angehen, so ließe sich feststellen: Die CGT hat ca. 2,5 Mill. Mitglieder, die PC nur ca. 500 000, das wären also im Höchstfalle 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, vorausgesetzt, alle PC-Mitglieder wären zugleich in der CGT organisiert. Jedoch läßt sich mit dieser Zahl insofern nicht operieren, als in der CGT auch zahlreiche sozialistische und andere politische Strömungen vereinigt sind. Der gescheiterte Versuch der CGT im Mai 1968, die Kontrolle über die Massenbewegung zu bekommen, sowie ihre Unfähigkeit vor spontanen Aktionen der Basis leitenden gewisse Prozesse der Umstrukturierung ein. Deutlich erkennbar wird dies besonders an verschiede-

nen Versuchen, ihre parteipolitische Neutralität zu demonstrieren, wie beispielsweise die Stellungnahmen zum „Prager Frühling“ und den Arbeiterunruhen in Polen, die mit einer heftigen Kritik an der Haltung der Kommunistischen Partei verbunden waren.

Die Einstellung der CGT zu Wahlen hat sich im Gegensatz zur CFDT (*Confederation Frangaise Democratique du Travail*) in den letzten Jahren kaum modifiziert.

Aus einer Analyse der CGT über eine „Demokratisierung der Wirtschaft“ geht hervor, daß die ökonomische Krise in den letzten Jahren zu einer Verschärfung der Arbeitskonflikte in allen kapitalistischen Ländern geführt hat. Sie läßt darin keine Gelegenheit ungenutzt, daran zu erinnern, daß sie sich als eine Klassenorganisation versteht, d. h., sie kämpfe nicht nur für die momentanen Bedürfnisse der Arbeiter, sondern auch für eine fundamentale Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Der bevorstehende Zusammenbruch des Ausbeutersystems und ihre eigene Konzeptionsschwäche legitimieren die Perspektive eines progressiven Übergangs zum Sozialismus. Hier zeigen sich gewisse Parallelen mit den Vorstellungen der PC. Die ökonomische Entwicklung erscheint als Ziel an sich, die dem Staat und seinen Institutionen den Klassencharakter nimmt. Nachdem sich die Demokratisierung in wirtschaftlicher Hinsicht gefestigt hat, zeigt sich die Transformation der Gesellschaft an der Ausweitung dieser Prinzipien auf alle existierenden Institutionen. Diese Demokratisierung soll auf keinen Fall die Produktion desorganisieren. Die Arbeiter erhalten zwar mehr demokratische Rechte, bleiben aber de facto ohne große Machtbefugnisse.

Nur auf dem Wege einer Wahl - „Voter, c'est lutter“ („Wählen, das ist kämpfen“) — ist ein politischer und ökonomischer Wechsel der Gesamtstruktur dieser Gesellschaft möglich. Die Möglichkeiten, die das „programme commun“ bot, schienen eine neue Phase der Gewerkschaftsarbeit zu initiieren. Als einzige Gewerkschaft unterstützte die CGT voll und ganz das Programm, weil es

- den Programmforderungen der CGT entsprach,
- die wichtigsten sozialen Ziele aufzeigte und
- die Mittel der Politik bestimmte, die zu einem definitiven Bruch mit der kapitalistischen Gesellschaft führen sollen.

Die Stellung der CFDT zu Wahlen

Die in der CGT erst seit kurzem feststellbare Tatsache, daß unterschiedliche Positionen zu den Parlamentswahlen bestehen und auch öffentlich diskutiert werden, ist innerhalb der CFDT seit ihrer Gründung 1964 praktisch allgemein akzeptiertes Grundprinzip. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die heutige Mehrheit der aktiven Mitglieder vor 1964 in ihrer Gewerkschaft (damals noch mit dem Na-

men: CFTC) noch eine Minderheit darstellte und damals für die Forderung größtmöglicher innergewerkschaftlicher Pluralität kämpfte.

Die heute offizielle, d. h. mehrheitlich getragene Haltung der CFDT zu Wahlen ist in dieser innergewerkschaftlichen, auch öffentlich geführten Diskussion entstanden. Dabei hat die CFDT im Gegensatz zur CGT, deren Haltung zu Wahlen sich seit 1948 nicht wesentlich geändert hat, eine erstaunliche Entwicklung durchgemacht, bedenkt man, daß erst vierzehn Jahre seit Gründung der CFDT vergangen sind und daß ihre aktiven Mitglieder zum Teil schon in der christlichen Vorgänger-Gewerkschaft, der CFTC, organisiert und von der christlichen Gewerkschaftstheorie beeinflusst waren. Die Entwicklung verlief grob gesehen in vier Phasen:

1964-1968: Gegen die aus der CFTC-Epoche übernommene Auffassung der „Autonomie der Gewerkschaften“, der zufolge Gewerkschaften keine politischen Parteien unterstützen sollten, entwickelte eine andere Gruppe unter dem heutigen Generalsekretär *E. Maire* die These, die Gewerkschaft solle sich mit einer Partei verbünden, die bereit sei, die Forderungen der Gewerkschaft nach Überwindung kapitalistischer Strukturen zu verwirklichen. Dabei dachte diese Gruppe damals vermutlich an die kleine sozialistische Partei PSU (deren Mitglied Maire gewesen sein soll). Die offizielle Linie bewegte sich zwischen beiden Gruppen. Einerseits war die CFDT nicht unpolitisch, sie forderte die Überwindung des Kapitalismus und stand im Gegensatz zur gaullistischen Mehrheit, andererseits fand diese nicht-kommunistische Gewerkschaft auf der Linken keine Partei, die in absehbarer Zeit eine echte Alternative sowohl zu den Gaullisten als auch zur PCF werden könnte. So blieb sie in dieser Phase fast wider Willen außerpolitisch, jedoch nicht unpolitisch, wünschte insgeheim -nicht ohne Mißtrauen- englische oder schwedische Verhältnisse (mit starken sozialdemokratischen Parteien), unterstützte unschlüssig neue sozialistische Gruppierungsversuche, und einige Mitglieder ließen den alten anarcho-syndikalistischen Traum wieder aufleben, dem zufolge die Gewerkschaften als Keimzelle einer zukünftigen Gesellschaft an die Stelle der politischen Parteien treten könnten.

1968-1970: In der Folge der gewaltigen Erschütterung des Systems im Mai 1968 erhielt die CFDT einen starken Zulauf an jungen Arbeitern, die häufig dem radikal-sozialistischen bis anarchistischen Lager zugehörten. Sie stärkten die Gruppe in der CFDT, die nach anarcho-syndikalistischem Vorbild (mit teilweise marxistischem Vokabular) die Gewerkschaft zur politischen Kraft entwickeln wollten. Die Gewerkschaft sollte die Initialzündungen geben, den Aktivitäten der im Massenstreik vereinten Arbeitenden Ideen liefern, aber nicht aufzwingen. Wahlen wurden als Betrugsmanöver bürokratischer Parteien verdächtigt. Teile dieser Gruppe jedoch (heute die Gewerkschaftslinken in den Föderationen Textil, Banken, Gesundheitswesen) sahen die Notwendigkeit einer sozialistischen Partei, die *neben*, nicht über der Gewerkschaft agieren sollte. Diese Partei mußte erst geschaffen werden, denn im Mai 1968 hatten die Linksparteien versagt, und die PSU war weiterhin eine Splitter-

partei. Vielleicht würde in den Massenstreikaktionen aus dem Bündnis der diese Aktionen unterstützenden Gruppe eine Partei hervorgehen.

Gegen diese Gruppe einigten sich die Kontrahenten der 1. Phase auf die 1970 als offizielle Linie verabschiedete These der „engagierten Autonomie“, d. h.. die Gewerkschaft sollte kein Bündnis mit den Parteien eingehen, jedoch die sozialistischen Parteien unterstützen und favorisieren, die die Verhältnisse in Richtung des Sozialismus verändern wollten. Dieser Sozialismus sollte auf drei Grundpfeilern aufbauen: Vergesellschaftung der Produktionsmittel, demokratische Planung, Arbeiterselbstverwaltung. Die einzige Partei, die sich zur Arbeiterselbstverwaltung („autogestion“) bekannte, war in diesem Zeitpunkt die PSU.

1970—1974: In diese Periode fallen zwei wichtige Ereignisse: der Aufstieg der PS (Parti Socialiste) unter *Mitterrand* und das gemeinsame Programm der Linken („Programme commun“). Waren die beiden ersten Phasen dadurch gekennzeichnet, daß die CFDT beliebig viele Theorien zu Parteien und Wahlen produzieren konnte, weil sie in der Praxis mangels einer sozialistischen Partei und mangels eigener Stärke (ca. 800 000 Mitglieder gegenüber 2,5 Mill. der CGT) nicht damit rechnen konnte, ihre Theorien in die Praxis umzusetzen, so änderte sich dies nun grundlegend. Mitterrand, der sich bereits 1968 positiv zum Kernstück des politischen Programms der CFDT, zur „autogestion“, geäußert hatte, organisierte die PS zur schlagkräftigsten nichtkommunistischen Linkspartei und führte sie auf Konvergenzkurs zur CFDT, die er als Bündnispartner gegen das Duo PCF-CGT zu gewinnen dachte. Er bestand auch darauf, daß die Forderung nach „Arbeiterselbstverwaltung“ — in der PS selbst damals nicht umstritten — in das „programme commun“ aufgenommen wurde, neben der PCF-These der „gestion democratique“. Dennoch stand die CFDT sowohl dem „programme commun“ als auch der PS sowie ganz allgemein Wahlen skeptisch gegenüber. Praktisch mit der Notwendigkeit konfrontiert, einen für möglich gehaltenen Sieg der Linken und damit einen gesellschaftlichen Wandel mit herbeizuführen, entschloß sie sich dennoch nicht, das „programme commun“ vorbehaltlos zu unterstützen. Zwar sah sie im Programm wichtige eigene Forderungen verwirklicht: der Abbau der Diskriminierung einzelner Gruppen (Frauen, Ausländer) im Lohnsystem sowie die Erhöhung des SMIC (staatlich garantierter Mindestlohn); Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre; teilweise positiv auch die Maßnahmen im Gesundheitswesen und zur Vollbeschäftigung (Erschwerung der Entlassungsmodalitäten). Jedoch vermißte sie die Berücksichtigung wesentlicher Maßnahmen: Vergesellschaftung des Informationswesens; Abbau hierarchischer Strukturen mit dem Ziel der Selbstverwaltung in allen Betrieben, zunächst im vergesellschafteten Sektor; Handlungsautonomie der Gewerkschaften gegenüber den Leitungsinstanzen im Betrieb (eine Konkretisierung dieser Forderungen unterblieb).

Darüber hinaus bestimmten drei Gründe die Zurückhaltung der Gewerkschaft: Erstens war trotz der inzwischen eingeleiteten Ernüchterung die Hoffnung nicht zer-

stoben, über einen neuen „Mai 1968“ die Verhältnisse grundlegender und erfolgversprechender zu verändern. Zweitens war das Mißtrauen gegenüber der PS, in der sich Teile der ungeliebten Funktionärsschicht der alten SFIO befanden, noch sehr groß und drittens bestanden immer noch enge Beziehungen zur PSU, die sich dem Programm nicht angeschlossen hatte. So bestand kein Grund, die 1970 gefundene Formel der „autonomie engagee“ zugunsten einer engeren Bindung aufzugeben. Die CFDT verfolgte in dieser Zeit eine Doppelstrategie: Einerseits ließ sie keinen Zweifel offen, daß sie den Sieg der Linken wünschte, ohne sich selbst jedoch zu engagieren; andererseits forderte sie den Kampf gegen die Gesellschaft durch die „Union des forces populaires“, ein mehr ideeller Begriff ohne organisatorische Implikation. Diese „Union“ sollte alle antikapitalistischen Gruppen umfassen: Parteien, Gewerkschaften und andere Gruppen, gleichgewichtig nebeneinander, sollten in koordinierten Aktionen mit den Massen das System bekämpfen, die neue Gesellschaft vorbereiten und eine zukünftige sozialistische Regierung gemeinsam mit den Massen kontrollieren. *Bauchard* hat sicherlich übertrieben, als er das Bekenntnis der CFDT zu Massenaktionen als ihren „Minderwertigkeitskomplex“ umschrieben hat, aber sicherlich hängt dies mit der Tatsache zusammen, daß die gegenüber der CGT sehr mitgliederschwache CFDT nur dann Gleichwertigkeit erreichen kann, wenn es ihr in hohem Maße gelingt, auch die nichtorganisierten Arbeiter zu mobilisieren, und tatsächlich steht am Anfang der Umwandlung der christlichen CFTC in die sozialistische CFDT der Wunsch nach einer Massengewerkschaft. Spätestens 1973 gelang es der CFDT als gleichgewichtige Gewerkschaft neben der CGT zu erscheinen, dies sowohl wegen ihrer Mittlerrolle zwischen PS und außerhalb des Gemeinsamen Programms stehenden Gruppen als auch durch spektakuläre Aktionen wie bei Lip, die die CFDT als dynamische Kraft erscheinen ließen und ihr gegenüber einer defensiv eingestellten CGT Vorteile brachten.

1974-1978: Auch in dieser Phase gilt theoretisch weiterhin die These der „autonomie engagee“. Der entscheidende Wendepunkt in der praktischen Haltung der CFDT liegt bei der Präsidentschaftswahl 1974. Hier beginnt die Phase, die sich wohl am besten als Spannungsverhältnis zwischen theoretischer Distanz und praktischem Engagement umschreiben läßt und bei den jetzigen Parlamentswahlen einen nicht erwarteten Höhepunkt erreicht hat, als die CFDT (obwohl sie dies theoretisch bestreitet) zur Rettung des Linksbündnisses einen Kompromißvorschlag zur Frage der Nationalisierungen unterbreitet hat. Die uneingeschränkte Unterstützung Mitterrands gegenüber *Giscard d'Estaing* durch die CFDT wie durch die gesamte Linke hatte eine ungeheure Sogwirkung zur PS zur Folge, die deutlich zutage trat auf den im gleichen Jahr veranstalteten „Assises du Socialisme“. Eine Reihe bekannter CFDT-Mitglieder (z. B. *Jacques Chereque*) war dort anwesend und propagierte offen eine enge Verbindung CFDT-PS. Sie konnten sich jedoch gegenüber der Gewerkschaftslinken nicht durchsetzen, die zusammen mit der Ultralinken (Trotzkisten, Anarchisten) immerhin ca. 40 Prozent der Delegierten auf dem Kongreß von

Annecy 1976 stellte. Sie lehnte eine zu enge Anlehnung an die PS ab und forderte dagegen ein stärkeres Engagement an der Basis in Richtung der „Union des forces populaires“. Die Gewerkschaftsführung hat in diesem Streit integrierend gewirkt und den von allen akzeptierten Kompromiß definiert, dem zufolge die CFDT von allen Parteien grundsätzlich unabhängig bleibt, diese jedoch im Rahmen des gleichen Kampfes gegen den Kapitalismus bei Wahlen unterstützt.

Gewerkschaften und Parteien im Betrieb

Frankreich ist eines der wenigen Länder, in dem man bei zahlreichen Betrieben neben den traditionellen Gewerkschaftsorganisationen Zellen der politischen Parteien vorfindet. Im letzten Jahr erklärte Giscard d'Estaing, daß diese Aktivitäten der Natur des Unternehmens zuwiderliefen und der Betrieb ein Ort politischer Neutralität bleiben müsse. Die sofort einsetzende Kritik, vor allem von der Seite der PC, und die nachfolgende Debatte veranlaßten uns, dieses Phänomen näher zu betrachten. Für die Parteien der Linken, welche sich zum Sozialismus bekennen und den Arbeiter als wichtigstes Element in dieser Gesellschaft betrachten, ist es geradezu ein Imperativ, Politik in den Betrieben zu machen.

Bei der Rekonstituierung der Sozialistischen Partei 1971 in Epinay verfügte diese nur über einen geringen Einfluß in den Betrieben (ca. 50 Sektionen). Die Ursachen dafür sind in der Epoche der SFIO zu suchen. Zu Zeiten der SFIO stellte sich die Organisierung in den Betrieben als Problem für die Partei dar. Für die traditionellen Sozialdemokraten war der Betrieb die Domäne der Gewerkschaften. Politik in den Betrieben war suspekt und gefährlich. Diese Auffassung machte es unmöglich, daß sich die SFIO in den Betrieben ansiedelte. Seit der Neugründung der PS und ihrem schnellen Anwachsen zur größten Partei Frankreichs hat sich einiges geändert. Durch eine geschickte Strategie zweier Organisationsformen, einmal als betriebliche Parteigruppe ohne politisches Mandat und zum anderen als normale Parteiorganisation, sind die Sozialisten heute in ca. 1000 Betrieben in ganz Frankreich vertreten. In den meisten Fällen jedoch treten sie nicht in Konkurrenz mit den gewerkschaftlichen Vertretern, deren Prädominanz sie weiter akzeptieren.

Die Entwicklung von Betriebszellen hatte schon immer Vorrang in der Praxis der Kommunistischen Partei (ca. 9000 Zellen). Für sie erschien es selbstverständlich, daß ihre Einflußnahme in Betrieben ohne große Probleme vor sich ging. Die guten Beziehungen der PC zur CGT erlaubten ihr, dazu noch fortlaufend die Einrichtung neuer Zellen zu registrieren. Aber mit der wachsenden Bedeutung der CFDT in einigen Sektoren und dem Scheitern mehrerer Arbeitskämpfe hat die CGT diese Rolle der Neurekrutierung modifiziert, die ihr - nicht ohne Recht - den Vorwurf des „Transmissionsriemens“ einbrachte. *Seguy*, ihr Generalsekretär, forderte 1974 mehr Autonomie und eine differenzierte Rekrutierung, damit die besten Gewerkschafter nicht zugleich mit politischer Arbeit überlastet werden.

Der Einfluß der PSU in den Betrieben sowie als Partei blieb marginal. Der Eintritt dieser Partei in die Betriebe nach 1968 ist vorwiegend durch den stärkeren Zusammenhalt der Partei sowie der Unterstützung durch die CFDT zu erklären. Insgesamt erscheint die PSU heute als bescheidene Organisation auf nationaler Ebene (ca. 600 Zellen), ist aber im Laufe der Jahre durch verschiedene Interventionen (Lip, Joint Francais) zu einem nicht unbeträchtlichen politischen Faktor geworden.

Die doppelte Organisation von Partei und Gewerkschaft im Betrieb hat mehr oder minder nur strategischen Wert. Die Wichtigkeit der Parteisektionen im Betrieb wird vor allem deutlich, wenn man bedenkt, daß bei einem möglichen Wahlerfolg der Linken die politische Kontrolle über die Arbeiterklasse der wichtigste Garant für die Realisierung des Gemeinsamen Programms sein wird. Für die Beschäftigten eines Unternehmens setzen sich diese Institutionen aus den gleichen „militants“ zusammen. Ganz selten kommt es vor, daß die Partei eine Gewerkschaft attackiert, normalerweise sind die Konfliktstoffe gleicher Art. Laut *Henri Krasucki* (CGT) wirkt die Koexistenz von revolutionärer Partei und einem „syndicalisme de classes“ stimulierend in einem Unternehmen. Man könnte aber auch die Hypothese aufstellen, daß der Doppelcharakter der Interessenvertretung zur Verwirrung unter den Arbeitern beiträgt und somit Unmutsgedühle hervorruft.

Zum Abbruch der Verhandlungen

Nach dem Abbruch der Verhandlungen über eine Aktualisierung des Programms zwischen den drei Unionspartnern *François Mitterrand* (PS), *Georges Marchais* (PC) und *Robert Fabre* („Linksozialisten“) im September des letzten Jahres schwanden die Chancen für den vermeintlich nahen Wahlsieg der Linken im März '78 (insbesondere wegen der zu nationalisierenden Betriebe). Doch die Nationalisierungen alleine werden keine Wunder bewirken, sie waren nur Ausdruck der grundlegenden Differenzen zwischen den linken Parteien. Unzweifelhaft war das Gemeinsame Programm der Linken eine Folge des Mai 1968. Es enthielt die Forderung „changer la vie“. Doch das Fehlen einer organisierten Linken im Mai 1968 ließ sich nicht durch ein „notdürftig zusammengebasteltes Programm“ ersetzen. Die Realisierung im Jahre 1972 war bereits nur auf einem kleinen Nenner möglich, doch notwendige Voraussetzung für weitere Prozesse.

Die Situation auf der Linken blieb nicht ohne Konsequenzen für die Gewerkschaften. Solange der Sieg der Linken gewiß erschien, vertrauten die Gewerkschaften auf ihre Strategien. Der Tag schien näher gerückt, der politische Veränderungen bringen sollte. Warum soll man sich heute schlagen, wenn morgen alles leichter ist? Doch weder die CGT noch die CFDT konnten mit Sicherheit erwarten, daß eine linke Regierung Veränderungen bringen würde. Darüber war man sich, trotz aller Differenzen, einig. Doch wie konnten sie in die Krise eingreifen, ohne dabei die oft zitierte gewerkschaftliche Unabhängigkeit zu verlieren? Einig war man sich auch

über die Einschätzung der ökonomischen und sozialen Situation, wie man sich allerdings dazu politisch verhalten sollte, daüber bestanden die unterschiedlichsten Auffassungen. Wie sahen nun ihre Initiativen für den Fortgang der Verhandlungen aus? die „leaders“ der beiden großen Gewerkschaften, Edmond Maire (CFDT) und Georges Seguy (CGT), hatten am Anfang der Unionskrise kein Interesse, an den angeheizten Debatten und Polemiken teilzunehmen, die zum festen Bestandteil der linken Union wurden.

Die Haltung der CGT zum Abbruch der Verhandlungen

Zufrieden erklärte Seguy, daß die Beziehungen zwischen den beiden Gewerkschaften nicht von dem Streit der Parteien angesteckt wurden. Trotz aller Differenzen über die Beurteilung der politischen Lage erklärten die beiden Zentralen in einem gemeinsamen Kommuniqué, abwarten zu wollen und nichts zu tun, was die gewerkschaftliche Aktionseinheit in Frage stellen könne.

Für die CGT stand fest, daß die 1972 getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich der Nationalisierungen weiterhin als Grundlage der Aktualisierung des Programms dienen sollten.

Ende Oktober wurde die CGT schließlich aktiv: In einer Auflage von sechs Millionen Exemplaren brachte sie eine Schrift heraus: „Il faut que vive le programme commun“ („Das Gemeinsame Programm muß weiterbestehen“). Dieses vierseitige Dokument sollte als Grundlage für Diskussionen in den Betrieben dienen. Inhaltlich ging es darum, die Problematik des Abbruchs bewußtzumachen und zu zeigen, daß dieses Programm die notwendige Voraussetzung für eine fundamentale Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft ist. Doch der Erfolg dieser Aktion blieb äußerst bescheiden. Auch die gewohnte Einigkeit innerhalb der CGT über die Einschätzung der politischen Situation blieb nicht bestehen.

Bereits nach den ersten offiziellen Stellungnahmen zum Abbruch entwickelte sich eine lebhafte Kritik innerhalb der Exekutivkommission, zu deren Hauptvertretern *Pierre Carassus* und *Claude Germon* wurden, beides Mitglieder der PS und scharfe Kritiker der eindeutig positiven Haltung gegenüber der PC. Auch die Aufforderung des CGT-Chefs Seguy in den letzten Wochen vor der Wahl, für die PC zu votieren, führte ebenfalls zu heftigen Reaktionen an der Gewerkschaftsbasis.

Die Haltung der CFDT zum Abbruch der Verhandlungen

Die seit 1964 bei aufrechterhaltener Autonomie wachsende Bereitschaft der CFDT, sich bei Wahlen zu exponieren über das Maß wohlwollender Zurückhaltung hinaus, dokumentierte sich auch nach dem Abbruch der Verhandlungen. Gemeinsam mit der CGT, der sie nach Jahren des Mißtrauens nun in vielen Aktionseinheiten

schon so eng verbunden scheint, daß die CGT bereits das Thema „Einheitsgewerkschaft“ wieder anschneidet, versuchte sie, durch Appelle die Parteien zur Wiederaufnahme der Gespräche zu bewegen. Jedoch waren die Rollen verteilt: Während die CGT so vehement die Interpretation der Kommunistischen Partei übernahm, daß sich erstmals offene Kritik äußerte, stellte sich die CFDT eindeutig auf die Seite der PS und gab den Kommunisten die alleinige Schuld am Scheitern der Verhandlungen. Allerdings vermied die CFDT eine Identifikation mit der PS und formulierte eine Reihe von Kritikpunkten, die vor allem die blassen Aussagen Mitterrands zu den Arbeitsbedingungen, zur Beschäftigung, Abbau von Ungleichheiten, Rechte am Arbeitsplatz zum Gegenstand hatten.

Die CFDT versuchte auch in dieser Krise den engen Grat zwischen Engagement und Autonomie nicht zu verlassen, oder, wie Maire formulierte, die Krise beheben zu helfen bei voller gewerkschaftlicher Unabhängigkeit. Dies sollte sich auch darin zeigen, daß die CFDT zur Überwindung der Krise neben den drei Vertragspartnern (wobei das Treffen mit der PC ein einmaliger Vorgang ist) auch die PSU zu Gesprächen traf, mehr als nur eine Reminiszenz an die These der „Union des forces populaires“. Jedoch hat sich das Verhältnis der CFDT zur PSU seit 1974 (Übertritt einer Reihe von Mitgliedern zur PS - so *Rocard* - und langsame Auflösung der Partei) merklich verschlechtert, obwohl eine Reihe von Mitgliedern der Gewerkschaftslinken der PSU angehören. So ist heute konkret die CFDT der PS bedeutend näher, als dies in den Communiqués gemeinhin ausgedrückt wird, in denen der Theorie der „engagierten Autonomie“ ebenso Tribut gezollt wird wie der These der in den sozialen Kämpfen als Motor wirkenden „Union des forces populaires“. Diese These allerdings wurde zu realisieren versucht im Streik am 1. Dezember 1977, nun allerdings auch in Aktionsgemeinschaft mit der CGT im Hinblick auf eine Mobilisierung der Arbeiter, die Druck auch auf die Parteien für eine Einigung ausüben würden. Der letzte Akt vor den Wahlen war der Versuch vom 22. Februar, die Fronten zwischen den Parteien in der Frage der Nationalisierungen durch einen Kompromißvorschlag aufzubrechen. Statt 729 von der PCF geforderten und 295 von der PS zugestandenen Nationalisierungen sollten nun 450 Firmen verstaatlicht werden. Im Sinne der Theorie war auch dieser Kompromißvorschlag nicht als solcher deklariert worden, sondern als Offenlegung der Position der CFDT, aber die Zielrichtung, die Linke zu einigen, das „programme commun“ zu verwirklichen, die Wahlen zu gewinnen und die Regierungsparteien zu schlagen, war offenkundig. Obwohl jedoch sowohl Mitterrand („element interessant“) als auch Marchais („contribution positive“) den Vorschlag würdigten, war es bereits zu spät, um noch vor dem Wahltag am 12. März die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Die CFDT hatte jedoch bewiesen, daß sie de facto Wahlen als erstrangiges und auch alleiniges Mittel (ohne flankierenden Generalstreik, der ohne die Unterstützung durch die CGT ohnehin keine Aussicht auf Erfolg hätte) zur Veränderung der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit betrachtet.

Konsequenzen des Wahlausgangs

Nach der neuerlichen Niederlage der Linken bei den Parlamentswahlen stellt sich die Frage einer zukünftigen Strategie gegenüber Regierung und Kapital. Der für möglich gehaltene „troisieme tour social“, d. h. der Versuch, durch gewerkschaftliche Aktionen eine Niederlage der Linken (und der Gewerkschaften) nachträglich in einen Sieg (oder ein „Kaltes Grenelle“)¹ umzuwandeln, fand nicht statt. Edmond Maire hat unmittelbar nach den Wahlen in einem Interview erklärt, daß die CFDT Prinzip und Ergebnis des allgemeinen Wahlrechts anerkennt, allerdings mit dem bedeutungsschweren Nachsatz, daß der erste Wahlgang am- 12. März² - Linke: 12,5 Mill. Stimmen; Regierung: 11,4 Mill. - die Unzufriedenheit der großen Mehrheit der Arbeiter mit dieser Regierung zum Ausdruck gebracht habe und diesem Rechnung tragen müsse.

Bereits Ende März trafen nacheinander Delegationen aller Gewerkschaften mit Giscard d'Estaing zusammen und überbrachten ihre Forderungen, die sich bei der CFDT und der CGT nuanciert unterschieden:

Forderungskatalog der CFDT:

- Erhöhung des SMIC von 1750 Francs auf 2400 Francs in Etappen bis 1. 4. 1980
- Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit
- Garantie der freien Meinungsäußerung der Arbeiter
- Verbesserung der Rechte der Arbeiter
- Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Information

Forderungskatalog der CGT:

- Erhöhung des SMIC auf 2400 Francs bis 1. 4. 1978 (rückwirkend)
- „Echelle mobile“, d. h. automatischer Inflationsausgleich der Löhne
- Änderung der Lohnhierarchie zugunsten der Arbeiter, die schwierige Arbeiten verrichten
- Anhebung der Renten um 20 Prozent, der Familienbeihilfen um 30 Prozent
- Aufhebung der Mehrwertsteuer für lebensnotwendige Konsumgüter

1 In Grenelle wurden nach dem „heißen Mai“ (1968) wesentliche Verbesserungen für die Arbeiter beschlossen (vor allem Lohnerhöhungen).

2 Das französische Mehrheitswahlssystem kennt zwei Wahlgänge: Im ersten Wahlgang treten alle Kandidaten (Parteien) auf. Gewählt ist, wer mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erhält. Im zweiten Wahlgang, eine Woche später, kämpfen in den Wahlkreisen, in denen noch kein Kandidat mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten hat, theoretisch alle Bewerber um den Abgeordnetensitz, die mehr als 12 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang erhalten haben. Praktisch jedoch stehen sich in der Regel nur die jeweils bestplatzierten Bewerber des Regierungs- bzw. Oppositionslagers gegenüber. Die anderen Kandidaten treten zugunsten der Besserplatzierten (mittels Wahlabsprachen) zurück. Da die Wähler diesen Wahlabkommen nicht völlig folgen, gibt nur der 1. Wahlgang ein genaues Bild des Kräfteverhältnisses der Parteien.

- Aufhebung der Lohnsteuer für Lohnempfänger, die weniger als 2400 FF/Monat verdienen
- Besteuerung des Großkapitals
- Aufbauprogramm für die Wirtschaft, gegen Jugendarbeitslosigkeit, für Herabsetzung des Rentenalters
- Verbesserung der Rechte am Arbeitsplatz.

Besonders kennzeichnend war die Tatsache, daß die Hauptforderung, die Erhöhung des staatlich garantierten Mindestlohnes (SMIC), nach Ansicht der CFDT erst bis zum 1. 4. 1980 in Etappen erfüllt werden sollte, gemäß der CGT dagegen bereits zum 1. 4. 1978. Hier zeigte sich nämlich, daß die CFDT bevorstehende Verhandlungen zu einem Ergebnis führen wollte, auch unter teilweisen Zugeständnissen ihrerseits; die CGT dagegen suchte in den Verhandlungen, die auch sie forderte, vor allem durch Aufrechterhaltung aller Forderungen zu beweisen, daß sich die Politik von Regierung und Kapital nicht geändert hatte. Daher verließ die CFDT die ersten Gesprächsrunden (nacheinander Giscard, Premierminister Barre, der Unternehmerverband CNPF) relativ optimistisch, wogegen die CGT und auch FO sich enttäuscht zeigten. Hat sich die Strategie der CFDT geändert in Richtung auf eine größere Kooperationsbereitschaft? Sowohl der offiziöse staatliche Rundfunk als auch die CGT glaubten dies zu erkennen, wogegen Maire in einem Interview wie auch vor den Gremien seiner Gewerkschaft betonte, nur die Taktik habe sich bei gleichbleibender antikapitalistischer Strategie geändert. Tatsächlich belegt die Geschichte Maires Feststellung. Bereits 1969, als Pompidou auf de Gaulle gefolgt war, hatte die seit Mai '68 in starrer Konfrontation zur Regierung stehende CFDT die Gelegenheit genutzt, um in den sogenannten „Fortschrittsverträgen“ kurzfristig Verbesserungen für die Arbeiterklasse zu erzielen, ohne die grundsätzliche Opposition aufzugeben. Sie versuchte flexibel auf Situationen zu reagieren, ganz im Sinne der Wertschätzung A. Touraines, der sie als die am stärksten innovatorische Kraft der letzten zehn Jahre bezeichnet hatte. Ob sie auch jetzt substantielle Ergebnisse erzielen wird, muß bezweifelt werden, nachdem der SMIC für alle enttäuschend zum 1. Mai nur auf 1811 (bisher 1750) Francs erhöht wurde, so daß (durchaus im Sinne der Programmatik der CFDT) Maire am 3. 5. 1978 die Mobilisierung der Arbeiter zur Durchsetzung der Forderungen als notwendig erklärte.

Die während des Wahlkampfes offen diskutierten Differenzen zwischen CGT und CFDT wurden auch nach den Wahlen nicht beigelegt, als die CFDT in erster Linie die PCF und der CGT, aber auch der PS und schließlich sich selbst die Schuld an der Niederlage gab. Sie fühlte sich durch die Arbeiter bestätigt, da bei Wahlen zum Belegschaftsvertreter (delegue du personnel) die CGT im Schnitt 6-8 Prozent der Stimmen verlor, die CFDT dagegen wie auch die FO an Stimmen gewannen. Erst im Mai verstummten die öffentlichen Diskussionen: In der Zwischenzeit hatten sowohl in der PCF als auch in der PS innerparteiliche Auseinandersetzungen begonnen, de-

ren Ende die Gewerkschaften vermutlich abwarten wollten, bevor sie selbst auf die neue Situation reagieren.

Die programmatischen und taktischen Divergenzen zwischen den beiden größten Gewerkschaften (die ja im Grunde auch schon früher bestanden hatten) traten im Mai/Juni in den Hintergrund zugunsten einer wiederbeginnenden begrenzten Aktionseinheit, die angesichts einer Vielzahl ausbrechender Streiks notwendig wurde. Allein im Mai wurden mehr als 500 Streikhandlungen registriert, von denen 445 von der CGT, 111 von der CFDT und 22 von der FO getragen wurden. Anlaß waren wohl in erster Linie (trotz steigender Arbeitslosenzahlen) die erneut sich verstärkende Inflation (April +1,1 Prozent gegenüber März) und die zu erwartende Liberalisierung der (bisher staatlich kontrollierten) Preise, deren Folge eine weitere Anheizung der Inflation sein würde (erwartete Auswirkung auf die Lebensmittelpreise: + 1-2 Prozent).

Höhepunkt des Streiks war die langwährende Auseinandersetzung bei den Renault-Werken, die auch durch den Einsatz von Bereitschaftspolizei nicht beendet wurde. Harte Streiks mit Fabrikbesetzungen und Festhalten der Betriebsleiter wurden wie schon 1971/72 bei den bis dahin härtesten Lohnkämpfen registriert. Sowohl CGT als auch CFDT (und teilweise auch FO) unterstützten die Streiks, wobei die CGT versuchte, durch Spitzenverhandlungen ein tragbares Ergebnis zu finden, wogegen die CFDT die Verhandlungen sowohl zwischen Spitzenvertretern als auch auf „dezentralisierter“ Ebene (Betriebsebene? - vermutlich als „Massenaktion“) anstrebt. Welche der unterschiedlichen Taktiken sich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten, zumal wegen der bevorstehenden Ferien mit einem zumindestens provisorischen Abflauen der Arbeitskämpfe zu rechnen ist, die dann eventuell im Herbst neue Dimensionen erreichen könnten, wenn es der Regierung nicht gelingt, den Forderungen der Arbeiter nach spürbarer Entlastung Rechnung zu tragen.